



Baden-Württemberg.de

📅 20.07.2020

LEBENSLANGES LERNEN

Land und Verbände unterzeichnen Weiterbildungs-Vereinbarung



Kultusministerium Baden-Württemberg

Kultusministerin Dr. Susanne Eisenmann

Unter dem Titel „GEMEINSAM.FÜR.WEITERBILDUNG“ haben das Land und die Verbände eine neue Vereinbarung des Bündnisses für Lebenslanges Lernen unterzeichnet. Sie enthält gemeinsame Ziele zur Stärkung der Weiterbildung für die kommenden fünf Jahre in sieben Handlungsfeldern.

Die Landesregierung sowie 21 Dachverbände und Organisationen der Weiterbildung haben heute, 20. Juli 2020, unter dem Titel „GEMEINSAM.FÜR.WEITERBILDUNG“ eine neue Vereinbarung für die Jahre 2021-2025 des **Bündnisses für Lebenslanges Lernen** unterzeichnet. Dazu hat im Literaturhaus in Stuttgart eine Unterzeichnungsfeier stattgefunden, bei der die Vertreterinnen und Vertreter ihre Unterschrift geleistet haben. Die Vereinbarung enthält gemeinsame Zielsetzungen der Bündnispartner für die kommenden fünf Jahre, die in sieben Handlungsfeldern ausgestaltet werden.

„Die Vereinbarung bietet den Rahmen für einen intensiven Austausch und ermöglicht gegenseitige Unterstützung, um Herausforderungen zu begegnen und innovativ zu bleiben. Das brauchen wir, um für die Weiterbildung der Zukunft gut aufgestellt zu sein. Damit stellen wir passgenaue Angebote der Hochschulen ebenso sicher wie die Stärkung digitaler Kompetenzen oder Grundbildungsmaßnahmen für gering qualifizierte Menschen“, sagt Kultusministerin Dr. Susanne Eisenmann bei der Eröffnung der Veranstaltung und führt weiter aus: „Wir wissen, dass noch einige Aufgaben vor uns liegen: Neue Lehr- und Lernmethoden erproben oder Lehrende der Weiterbildung für die Zukunft qualifizieren. Diese Herausforderungen können wir gemeinsam besser meistern.“

Weiterbildung muss neuen Anforderungen gerecht werden

„Unser heutiges Weiterbildungswesen mit seinem breiten und vielfältigen Angebot lebt von einer Vielzahl an Initiativen und Verbänden aus Gesellschaft, Kirchen und Wirtschaft, von Kommunen und dem Staat. Es muss den Veränderungen unserer Lebens- und Arbeitswelt gerecht werden, die neue Anforderungen an Wissen und Können der Menschen stellt. Die Internationalisierung, der technologische Wandel, die rasant voranschreitende Digitalisierung und der damit verbundene Wandel am Arbeitsmarkt stellen uns beispielsweise vor enorme Aufgaben“, so Staatsministerin [Theresa Schopper](#). „Allerdings geht es nicht nur um Weiterqualifizierung im Beruf, sondern auch um die Möglichkeit des lebenslangen Lernens. Mit dieser Vereinbarung gehen wir den nächsten Schritt, bauen das bisher Erreichte weiter aus und setzen Wegmarken für die nächsten Jahre.“

Sieben Handlungsfelder für die kommenden fünf Jahre

In der neuen Vereinbarung definieren die Partner für die kommenden fünf Jahre sieben Handlungsfelder.

1. Für das erste Handlungsfeld mit der Überschrift **„Strukturwandel in Wirtschaft und Arbeitswelt bewältigen“** streben die Bündnispartner unter anderem an, die wissenschaftliche Expertise zu künftigem Qualifikationsbedarf auszuweiten und Betriebe bei der Personalentwicklung sowie bei digitalen und wirtschaftlichen Transformationsprozessen besser zu unterstützen.
2. Im zweiten Handlungsfeld **„Gesellschaftlichen Zusammenhalt stärken“** sind beispielsweise Maßnahmen vorgesehen, welche die Integration von Zugewanderten und Geflüchteten zum Beispiel durch Sprachkurse fördern, die politische Weiterbildung stärken und zur Eltern- und Familienbildung beitragen.
3. Drittens haben die Partner vereinbart, die **Weiterbildungsberatung** in Kooperation des bestehenden [Landesnetzwerks Weiterbildungsberatung](#) unter anderem mit der Bundesagentur für Arbeit sowie
4. viertens Angebote der **Grundbildung für Geringqualifizierte** weiter auszubauen. In diesem Handlungsfeld steht vor allem die Erwachsenenbildung in den Bereichen Lesen, Schreiben und Rechnen im Vordergrund.
5. Den veränderten Bedarfen der Teilnehmerinnen und Teilnehmer wird fünftens durch einen **Wandel der Angebotsformen** Rechnung getragen. Hier soll es zum Beispiel flexiblere und digitale – das heißt orts- und zeitunabhängig abrufbare Lernmöglichkeiten – geben. Außerdem sollen Chancen der aufsuchenden Weiterbildung erprobt werden, das heißt zielgruppenorientierte Maßnahmen,

um bildungsbenachteiligte Personen über die herkömmlichen Programmangebote hinaus in ihren Alltagssituationen zu erreichen.

6. Die Weiterbildungsträger wollen sechstens die **Qualität der Weiterbildungsangebote** auch weiterhin sicherstellen, unter anderem durch Fortbildungen des Weiterbildungspersonals, sowie
7. siebtens die gegenseitige **Information, Transparenz und Zusammenarbeit** im Bündnis weiter fördern.

„Weiterbildung sichert Gegenwart und schafft Zukunft – etwas, was noch nie so elementar war wie in der heutigen Zeit. Denn wir leben in Umbruchszeiten: Digitalisierung, Integration und Wertewandel sind hier nur einige der Stichworte“, sagt Kultusministerin Eisenmann und führt an: „Gerade in solchen Zeiten ist Bildung das Mittel der Wahl. Das zu zeigen und umzusetzen, ist uns das grundlegende Ziel der sieben Handlungsfelder.“

Das Bündnis für Lebenslanges Lernen

Ende 2011 hat das Land gemeinsam mit den Dachverbänden und Organisationen der Weiterbildung das **Bündnis für lebenslanges Lernen (BLLL)** gegründet, mit dem Ziel, über Austauschforen die Zusammenarbeit zu stärken und die wachsende Bedeutung der Weiterbildung sichtbar zu machen. Für die Landesregierung gehören zum Bündnis das federführende Kultusministerium mit der Geschäftsstelle des Bündnisses, das Staatsministerium, das Wirtschaftsministerium, das Wissenschaftsministerium, das Sozialministerium und das Ministerium für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz. Zu den beteiligten Dachorganisationen zählen die Arbeitgebervereinigung, der Industrie- und Handelskammertag, der baden-württembergische Handwerkstag, die Regionaldirektion Baden-Württemberg der Bundesagentur für Arbeit, der Bezirk Baden-Württemberg des Deutschen Gewerkschaftsbunds, der Volkshochschulverband Baden-Württemberg, die Kirchen, der Landesfamilienrat, die Landeszentrale für politische Bildung, die Deutsche Gesellschaft für wissenschaftliche Weiterbildung, der Bibliotheksverband Baden-Württemberg, die Arbeitsgemeinschaft ländliche Erwachsenenbildung sowie die Kommunalen Landesverbände.

Die Partner haben sich mit dem Bündnis ein bundesweit einmaliges Fundament zur Stärkung der Weiterbildung gegeben. Langfristiges Ziel ist es, über Austauschforen die Zusammenarbeit zu stärken und die wachsende Bedeutung der Weiterbildung sichtbar zu machen. So sollen zum Beispiel flächendeckende Strukturen und Beratungsnetzwerke in Baden-Württemberg geschaffen und die Weiterbildungsbeteiligung von Erwachsenen im städtischen wie im ländlichen Raum gestärkt werden. Diese langfristigen Ziele werden für den Zeitraum 2021 bis 2025 durch die heute beschlossene ergänzende Vereinbarung konkretisiert.

Unterzeichnungsfeier der Vereinbarung

„GEMEINSAM.FÜR.WEITERBILDUNG“

Die Vereinbarung „GEMEINSAM.FÜR.WEITERBILDUNG“ – Die Ziele des Bündnisses für Lebenslanges Lernen 2021-2025 haben für die Landesregierung unterzeichnet:

- Ministerin Dr. Susanne Eisenmann für das Ministeriums für Kultus, Jugend und Sport

- Staatsministerin Theresa Schopper für das Staatsministerium
- Staatssekretärin Katrin Schütz für das Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Wohnungsbau
- Staatssekretärin Bärbl Mielich für das Ministerium für Soziales und Integration
- Staatssekretärin Friedlinde Gurr-Hirsch für das Ministerium für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz
- Ministerialdirektor Ulrich Steinbach für das Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst

Zudem haben für die Dachverbände und Organisationen der Weiterbildung unterzeichnet (in alphabetischer Reihenfolge):

- Prof. Christel Althaus, Vorsitzende, Landesfamilienrat Baden-Württemberg
- Peer-Michael Dick, Hauptgeschäftsführer, Landesvereinigung Baden-Württembergischer Arbeitgeberverbände e. V.
- Dr. Joachim Drumm, Ordinariatsrat, Diözese Rottenburg-Stuttgart
- Christian O. Erbe, Vizepräsident, Baden-Württembergischer Industrie- und Handelskammertag e. V.
- Gabriele Frenzer-Wolf, stellvertretende Vorsitzende, Deutscher Gewerkschaftsbund, Bezirk Baden-Württemberg
- Lothar Frick, Direktor, Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg
- Martin Hahn, Vorsitzender, Arbeitsgemeinschaft ländliche Erwachsenenbildung in Baden-Württemberg e. V. (ALEB)
- Christine Höppner, Vorsitzende, Kirchliche Landesarbeitsgemeinschaft für Erwachsenenbildung in Baden-Württemberg (KiLAG)
- Dr. Hermann Huba, Verbandsdirektor, Volkshochschulverband Baden-Württemberg e. V.
- Roger Kehle, Präsident, Gemeindetag Baden-Württemberg
- Prof. Dr. Alexis von Komorowski, Hauptgeschäftsführer, Landkreistag Baden-Württemberg
- Andrea Krieg, Geschäftsführerin, Landesverband Baden-Württemberg im Deutschen Bibliotheksverband e. V.
- Dr. Norbert Lurz, Oberkirchenrat, Evangelische Landeskirche in Württemberg
- Michael Makurath, Oberbürgermeister stellvertretender Präsident, Städtetag Baden-Württemberg
- Susanne Orth, Ordinariatsrätin, Erzdiözese Freiburg
- Christian Rauch, Vorsitzender der Geschäftsführung, Regionaldirektion Baden-Württemberg der Bundesagentur für Arbeit
- Siegfried Reissing, Superintendent, Evangelisch-methodistische Kirche in Baden-Württemberg
- Gabriele Schaub, stellvertretende Sprecherin der Landesgruppe Baden-Württemberg, Deutsche Gesellschaft für wissenschaftliche Weiterbildung und Fernstudium e.V. (DGWF)
- Wolfgang Schmidt, Oberkirchenrat, Evangelische Landeskirche in Baden
- Oskar Vogel, Hauptgeschäftsführer, Baden-Württembergischer Handwerkstag e. V.
- Dr. Klaus Vogt, Vorstandsvorsitzender, Kolping-Bildungswerk Württemberg e.V.

[Vereinbarung „GEMEINSAM.FÜR.WEITERBILDUNG“ – Die Ziele des Bündnisses für Lebenslanges Lernen 2021-2025 \(PDF\)](#)

[Die sieben Handlungsfelder der Vereinbarung im Überblick \(PDF\)](#)

Link dieser Seite:

<https://www.baden-wuerttemberg.de/de/service/presse/pressemitteilung/pid/land-und-verbaende-unterzeichnen-weiterbildungs-vereinbarung/?cHash=8bf3ec227eec31c5706c5a6d7b77afe3&type=98>